

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen sowie „Wort und Bild“. Es ist Publikations-Organ der demokratischen Arbeiterbewegung in Halle, Merseburg, Magdeburg, Halle (Saale), Leipzig, Dresden, Chemnitz u. a. m. Preis für den Abnehmer 1,50 Mark monatlich, 15 Mark für ein Jahr. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter, Verlage, Druckereien, Buchbinder, Verleger, Vertriebsstellen, sowie die Verlagsbuchhandlung „Volksblatt“ in Halle a. S. an.

Belegpreis monatlich 2,00 Mk., 20 Mk. für ein Jahr. Abbestellungstermin 15. d. M. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Postämter, Verlage, Druckereien, Buchbinder, Verleger, Vertriebsstellen, sowie die Verlagsbuchhandlung „Volksblatt“ in Halle a. S. an.

Die Kriegsgefahr in Ostasien

Eine Stadt niedergebrannt - China macht einen Vermittlungsvorschlag

Der sinesische Außenminister Wang hat die diplomatische Vertretung Chinas im Falle eines ausgedehnten, künftigen Krieges, die den Kriegszustand unterzeichnet haben, den Tabakland der sowjetrussischen Invasion in sinesisches Gebiet zur Kenntnis zu bringen und die Erklärung abgegeben, daß sich China zwar durch die Bestimmungen des Kellogg-Pakts gebunden fühle, jedoch geneigt sei, dem Angriff Überhand zu lassen. Die Seelanden und Besitztümer Chinas sind ferner beantragt worden, sämtliche Signatarmächte des Kellogg-Pakts zu erforschen, Mittel und Wege zu finden, um gegen den Angriff wegen des Bruchs des Paktes Maßnahmen einzuleiten. China erklärt sich bereit, den Streitfall vor den Völkerbund zu bringen.

Berlin, 27. November.

Die Berliner sinesische Gesandtschaft veröffentlicht den Vorlauf einer Erklärung, die sie vor kurzem durch Vermittlung der deutschen Botschaft in Moskau der Sowjetregierung überreichte. Danach macht China folgenden Vermittlungsvorschlag:

„Da die Sowjetregierung“ — so heißt es in der Erklärung — „höflich behauptet, die sinesischen Truppen hätten das Feuer an der Grenze eröffnet,

so schlägt die sinesische Regierung, indem sie klerlich diesen Vorwurf zurückweist, vor, sofort eine gemischte Kommission zu bilden, die die Angelegenheit untersuchen soll und die Verantwortung für den gegenwärtigen Ernst der Lage an der Grenze zu ermitteln hat. Diese Untersuchungskommission soll sich aus einer gleichen Zahl qualifizierter Personalitäten beider Länder mit einem Angehörigen eines neutralen Landes als Vorsitzenden zusammensetzen, mit dessen Zustimmung sich beide Parteien einverstanden erklären haben.

Um den schädlichen Wunsch der Sowjetregierung, wie er in ihrer Note vom 26. September zum Ausdruck kommt, entgegenzukommen, d. h. den Frieden an der Grenze aufrechtzuerhalten, und um ihren schädlichen Willen zu beseitigen, die bereits erste Situation nicht beschärfen zu lassen, schlägt die sinesische Nationalregierung vor, daß beide Parteien sofort und gleichzeitig ihre Truppen auf eine Entfernung von 30 englischen Meilen von der Grenze zurückziehen.“

Die Räumungsregierung erklärt sich bereit, den gesamten Streitfall gemäß der Erklärung einer neutralen und unparteiischen Stelle zu unterbreiten.

der beide Teile in Uebereinstimmung mit den bestehenden Gebräuchen für

Die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten beistimmen.

Nach den Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen, die abwechselnd von Moskau und Peking in offiziellen Noten erhoben werden, aber die sich kein Recht in Europa und der übrigen Welt ein sicheres Urteil bilden kann, ist, wie der „Vorwärts“ hervorhebt, der neueste Vorschlag der Räumungsregierung der erste wirklich begründete Schritt, der in diesem seit nunmehr vier Monaten andauernden diplomatischen Kampf unternommen worden ist.

Räumung von Haller.

Die Stadt in Brand gefickt.

Washington, 26. Nov. (AP). Nach einer heute hier eingegangenen Meldung aus Charlott hat der Gouverneur von West Virginia den Militärbehörden von Haller Befehl gegeben, beim Abtransport sämtlicher Amerikaner aus der Stadt mitzuwirken. — Die weitere Berichterstattung ist dem sinesischen Völkerbund gegeben worden. Haller niedergebrannt. — Der sinesische Völkerbund hat die Beilegung am 26. November begangen.

Was wird werden?

Vor dem Zukunftssteck des Reichstags

Am Mittwoch tritt der Reichstag zu seiner diesjährigen Herbstsitzung zusammen. Er findet ein umfangreiches Arbeitsprogramm vor. Zunächst die wichtige Problematik der Lösung. Die Mittwochsitzung wird mit der Beratung seiner Vorlagen ausgedehnt werden. Am Donnerstag steigt dann zum Sammer der Deutschnationalen das „Freiheitsgesetz“. Die Reichsregierung wird dazu in einer kurzen abendlichen Erklärung ihre Meinung äußern. Auch die Regierungsparteien dürften sich mit einer kurzen gemeinsamen Erklärung begnügen und nur noch, wenn es dringend notwendig erscheint, in die Debatte eingreifen. Wer diese Debatte auf deutsch-nationaler Seite führt, ist völlig ungewiß. Engenbergs Freizug auch diesmal um die Spitze zu sein, nachdrücklich von einem Mann dritter Generation, wie Herrn Quare oder Herrn Friedrichs-Bornitz, vertreten sollen. Graf Westphal soll es abgelehnt haben, für seinen Nebenbuhler die Redaktionen aus dem Feuer zu holen. Wird er jetzt gänzlich in Ungnade fallen, oder wird er nachträglich noch unter Druck gestellt und unter Zwang von der Tribüne des Reichstages herab eine Rede vertreten, von deren

Unfähigkeit und Erfolglosigkeit

er mit einem Teil seiner Fraktion überzeugt ist? Hierüber eine Überlegung, auf deren Auswirkung man im Lager der bürgerlichen Parteien bisher vergeblich gehandelt hat und wahrscheinlich zunächst auch noch vergeblich warten wird. Ein Teil der deutschnationalen Abgeordneten wird am Freitag oder Sonnabend bei der Abstimmung wahrscheinlich „stark“ feiern oder bringen abweichend sein. Ein anderer Teil enthält sich vornehmlich der Stimme. Die Kurage, angesichts des Diktators Engenbergs gegen das Gesetz zu stimmen, ist angeblich bei keinem deutschnationalen Abgeordneten vorhanden. Allen bangt — wie es heißt — vor dem sofortigen Ausschluß, mit dem der „große Führer“ die Vereinnahmung des Freiheitsgesetzes zu bekräftigen gedenkt. Allen bangt vor dem Ausschuß durch einen Mann, der von der überlegenen Mehrheit der deutschnationalen Fraktion für einen feineren Vermittler gehalten wird.

Angesichts dieser Zustände ist man im deutschnationalen Lager vertriebt, aus dem Entwurf des Freiheitsgesetzes nach Möglichkeit

zwei Vorlagen zu machen,

eine mit und eine ohne den Paragraphen 4. Eine Vorlage mit dem Paragraphen 4, die andere ohne diesen Paragraphen. Der Zweck dabei die Realpolitik der deutschnationalen Fraktion mit diesem Plan schon deshalb nicht haben, weil die Regierungsparteien jeden Versuch der Teilung entschieden ablehnen dürften. Es kann sich für sie nur darum handeln, daß das Freiheitsgesetz, so wie es ist, wie es aus dem Volksbegehren hervorgeht, im ganzen angenommen oder abgelehnt wird. Die Dissidenten der deutschnationalen Fraktion werden sich deshalb so oder so zu entscheiden haben, für die Annahme oder Ablehnung ohne vorherige Rücksichtberatung.

Mit der zweifelsfrei feststehenden Ablehnung des Freiheitsgesetzes durch die überlegene Mehrheit des Reichstages ist der Weg zum Volkstentwurf, der Weg zu einer

neuen Niederlage für Engenbergs

frei. Frei ist zugleich der Weg für neue sachliche Arbeit im Reichstag. Er wird sich zunächst mit dem Republikanergesetz befassen, das am Dienstag von dem zuständigen Ausschuss des Reichstags nach verhältnismäßig geringfügigen Änderungen verabschiedet worden ist. Im Plenum des Reichstags werden die Meinungen über die angelegte Gestaltung dieses Gesetzes wahrscheinlich hart aufeinanderprallen. Deutschnationale und Kommunisten dürften wiederum in gemeinsamer Front mit den Sozialisten stehen und kämpfen. Aber härter noch als diese Auseinandersetzungen werden sich aller Voraussicht nach die politischen Kämpfe um

die Verteilung der Rollen

nach der Erledigung des Young-Planes und die Zollvorlagen gestalten. Wird die Regierung diese Kämpfe übersehen? Eine letzte

Kampf gegen Hungergehälter.

Beamtenverfammlungen in Polen aufgeführt.

Die polnische Staatsbeamtenschaft, die schon seit langem um eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage und ihrer Arbeitsbedingungen kämpft, infolge ihrer ständigen Organisation bisher jedoch nur geringfügige Erfolge verzeichnen konnte, hat in 15 Städten Kongresse — ihre ersten seit dem Bestehen des polnischen Staates — abgehalten. Die Versammlungen, an denen Tausende von Beamten teilnahmen, zeigten die traurige Lage der polnischen Staatsbeamtenchaft in jedem Hinsicht. Die Gehälter übersteigen im Durchschnitt nicht 200 bis 300 Zloty monatlich (etwa 100 bis 150 RM), was bei der Forderung in Polen nicht einmal als Existenzminimum bezeichnet werden kann. Einleitend wurde in den gehaltenen Entscheidungen eine Forderung der Gehälter um 25 %, ferner rasche Regelung der wichtigsten sozialen Forderungen, wie Altersversicherung und Normalarbeitszeit gefordert. In einigen Städten hat die Polizei die legalen Versammlungen ohne Genehmigung ausgesetzt. Wobei es auch zu kleineren Zusammenstößen kam.

Gegen den „unpolitischen“ Sparakt.

Auch die Demokraten lehnen ihn ab.

Berlin, 27. November.

Der von der Deutschen Volkspartei im Reichstag eingebrachte Vorschlag des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Industrie- und Handelsrates, den Reichsminister für Finanzen, die mit großen erweiterten Vollmachten zu ernennen, stößt in der demokratischen Presse auf scharfe Ablehnung. So schreibt die „Volksstimme“, es sei ein typisch deutscher Versuch, zu glauben, man könne durch die Schaffung einer neuen „unpolitischen“ Instanz die politischen Streitfragen aus dem Machtbereich der Parteien herausbringen und sie nach lediglich „sachlichen“ Gesichtspunkten entscheiden. „In politischen Streitigkeiten gibt es nur eine politische Entscheidung.“ Auch ein Expeditivrat läme nicht darum, ein Faktor oder Instrument der Politik zu werden. Es wäre höchst gefährlich, wenn man diese Lage Situation dadurch verschleierte, daß man ihn Qualitäten eines unparteiischen Sachverständigen spricht, die er nicht besitzen kann. Man denke nur an die Probleme der Sozialpolitik. Jede Entscheidung für oder wider bedeute eine politische Entscheidung. Sie in der Hand eines Mannes zu geben, der politisch nicht verantwortlich ist, kann nur schädliche Bewirktungen anrichten.

Lausübereien im Preußenparlament

Ein Nationalsozialist wirft Papierzettel Die Reaktion verteidigt den Goslarer Schulkandal

Der Preussische Landtag trat am 26. November wieder zusammen. Zunächst widmete der Präsident der inzwischen verstorbenen Frau Bachem (Str.) einen Nachruf. Sodann teilte er dem Hause mit, daß der Abg. Dr. Borst (Str.) von seinem Amt als Vizepräsident zurückgetreten ist. Im Namen des Hauses sprach er ihm für seine 26-jährige Tätigkeit im Präsidium des Landtags den Dank aus. Das Zentrum wird sich voraussichtlich am Mittwoch entscheiden, wen es als Nachfolger von Borst als Vizepräsident vorschlagen wird.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen führte der Landtag die Aussprache über den

Goslarer Schulkandal

zu Ende. Die Debatte darüber ist am 24. Oktober abgebrochen und vertagt worden. Die Große Anfrage der Deutschnationalen und die Anfrage der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei verlangten Zurücknahme des Ministerialbeschlusses, der wegen der Besetzung der schwartzen Klassen Farben durch höhere Schüler in Goslar am 11. August d. J. den höheren Schulen die Berechtigung zur Vornahme von Abschlussprüfungen entzieht.

Die ausschließlich von den Reichsparteien betriebene Aussprache fand im Hause wenig Interesse. Die Nationalsozialisten benahmten sich, wie immer, fleißig. Der offenbar nicht ganz zurechnungsfähige

Abg. Saake (Natz.) warf in Ermangelung anderer durchschlagender Argumente einem Ministerialdirektor des Kultusministeriums Papierzettel an den Kopf. Für diese Unverschämtheit wurde er von der Sitzung ausgeschlossen.

Die Anträge und die Große Anfrage wurden schließlich dem Unterrichtsamt übergeben.

Das Haus begann dann nach der ersten Sitzung des Entwurfs eines Städtebaugesetzes, das dem Wirtschaftsminister Hirtler für begründet wurde. Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Abg. Barten (Düffelhorst), der den Entwurf be-

grüßte, gleichzeitig aber an entscheidenden Stellen in großen Rahmen kritisierte. Erst die Ausführungen wurden Gelegenheit bieten, vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus nach das Notwendige zu dem Gesetzentwurf zu sagen.

Schutz der Minister gegen Anpöbeln.

Die preussische Regierung ist an den interfraktionellen Ausschuß der Regierungskoalition mit dem Ersuchen herantreten, auf dem Wege des Beschäftigungsausschusses Sicherungen gegen unwürdige Szenen im Parlament zu schaffen, die in neuester Zeit durch die radikalen Fraktionen immer häufiger hervorgerufen wurden.

Ein besonderer Sport der Opposition besteht darin, bei jeder Gelegenheit durch Ueberrückungsanträge die Minister herbeizuzitiieren. Wie das gemeint ist, kommt man am Dienstag sehen. Kaum hatte der Kultusminister Becker, durch einen solchen Ueberrückungsantrag der Opposition herbeizitiert, den Saal betreten,

als er am Wort befindliche Abgeordnete von ihm der deutschnationalen Fraktion den Minister beratt unflätig beschimpfte, daß dieser ostentativ den Saal wieder verließ, in dem ihm niemand ein Verbleiben zumuten konnte, zumal der amtierende deutschnationale Vizepräsident v. Kies freizigender Hinweis bestrift, um die fortgesetzten Unverschämlichkeiten der Rechten zu bemerken.

Es ist natürlich, daß die Regierungsparteien nicht geirren sind, diesen moralischen Versäul des Parlaments tolerant mitanzusehen. Die Initiative zur Abwehr ist von der preussischen Regierung ausgegangen, die schließlich das Recht hat, von dem Parlament zu verlangen, daß es die von ihm selbst herbeigewünschten Minister und Ausschussmitglieder in der unter anständigen Benutzen stehen Art anhört und behandelt.

Frage, auf die heute noch niemand eine bestimmte Antwort erteilen kann. Schon zeigen sich Gewitterwolken am Horizont. Schon stellt die Volkspartei Ansprüche, die niemals die Zustimmung der Sozialdemokratie finden können und werden.

Richtung und Ziel der sozialdemokratischen Politik liegen auch für die Zukunft klar zutage. Als Organisation des schaffenden Volkes wird sie für eine

Entlastung der Arbeitnehmerkämpfe und von dem Ausgang dieser Kämpfe ihre letzten Entscheidungen abhängig machen.

Faschistische Verdränger.

Die Sozialisten protestieren.
Bukarest, 27. November.
Im ungarischen Parlament kam es, als der zuerst in Bukarest weilende italienische Unterrichtsminister in der Diplomatenloge Platz nahm, zu heftigen Szenen. Abgeordneter Deflor von der Regierungspartei, der gerade das Wort hatte, gab seiner Beiräte Ausdruck, daß ein Mitglied der italienischen Regierung den Beratungen des Abgeordnetenhauses zuzuhören. Die Mitglieder der Rechten und der Mitte brachen hierauf in große Ovationen aus. Minister Giuliano erhob sich in der Loge und dankte, die Rechte erhebt, mit feierlichem Gruß. Die sozialdemokratischen Abgeordneten riefen: Was ist mit Matteotti, Vertreter von Mordern! Was haben wir an Repräsentanten an Italienern zu zählten? Man hat uns Stimme genommen!

Nur Vierhundert dürfen ausreisen.

Die anderen Wolgadeutschen müssen in Rußland bleiben.
Die russische Regierung hat endlich die Ausreise von 4000 Wolgadeutschen gestattet. 9000 Wolgadeutsche, die ebenfalls vor und um Moskau logierten, sind zwangsweise in ihre russische „Heimat“ zurückbesiedelt worden, trotzdem sich die Reichsregierung bereit erklärt hatte, sämtliche 13 000 Flüchtlinge nach Deutschland transportieren und sie ab sofort verproviantieren zu lassen. Darüber hinaus waren von deutscher Seite bereits Vorkehrungen zum Rücktransport der 13 000 Wolgadeutschen getroffen worden.
Auf diese Dinge muß besonders hingewiesen werden, weil der zwingende Rücktransport der 9000 Flüchtlinge teilweise mit der Begründung erfolgt ist, daß die Reichsregierung sich nur zur Übernahme von 4000 Auswanderern bereit erklärt habe.

Internationales Fremdenrecht.

Über die Völkerverbundsausschüsse schafft nichts Besseres.
Paris, 27. November.
Die vom Völkerverbund einberufene Konferenz zur Schaffung eines einheitlichen internationalen Fremdenrechts droht zu scheitern. Die deutsche Delegation auf der Konferenz ist besorgt, ein mögliches liberales Fremdenrecht zu schaffen, sie fordert aber wenig Unterstützung durch die übrigen Delegationen. Am Freitag tritt die Völkerverbundskonferenz wieder zusammen. Es wird sich dann zeigen, ob noch eine Verbesserung der Kommissionsbeschlüsse möglich oder ein Bruch unvermeidlich ist.

Lampel und die Zensur.

„Stiftung“ vor dem Bezirksausföhr.
Lampel's Bühnenwerk „Stiftung“ über Berlin, das vor einiger Zeit im Theater am Schiffbauerdamm in Berlin aufgeführt werden sollte, war einige Tage vor der Premiere verboten worden, da das Berliner Polizeipräsidium befürchtete, die Aufführung könne zu Störungen Anlaß geben. Auf den Einspruch der Theaterleitung und des Richters hin beschloß sich am Dienstag der Bezirksausföhr der Stadt Berlin mit dem Verbot.

Zu Beginn der Verhandlungen wurde zunächst beschlossen, mangels einer Exposé-Aufklärung das Stück zur Zensur zu bringen. Zwei Mitglieder des Bezirksausföhr teilten sich in der Aufklärung. Es folgte in Abschnitten Lampel'sches Bühnenwerk'scher Vertreter, der darauf hinwies, daß das Verbot der Polizeibehörde einen Eingriff in die freie Meinungsäußerung darstelle. Ein zweiter Anwalt der Kläger führte Behauptungen von Heinrich Mann, Alfred Döblin und Bert Brecht an, die scharf gegen das Verbot front machten.

Der Vertreter des Polizeipräsidiums führte demgegenüber aus, es sei unmöglich, eine Meinungsäußerung — und sie mag die Form eines Kunstwerkes haben — unbeanstandet zu lassen, wenn sie den Staat bedrohe. Es handelte sich hier gar nicht um ein Kunstwerk, sondern um ein Tenbestück, dessen einziger Zweck es sei, eine politische Wirkung auszuüben. Man könne infolge dessen in diesem Fall nicht von der Unterdrückung eines Kunstwerkes sprechen.

Der Bezirksausföhr, der bis in die letzten Abendstunden beriet, beschloß, die Klage Lampel's abzuweifen. Die Rechtsvertreter des Klägers kündigten darauf einen Antrag auf Revision beim Oberverwaltungsgericht an.

Neue Pariserhöhung bei der Eisenbahn?

Zugung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat gestern und heute hier eine Zugung abgehalten, über die folgendes Kommuniqué ausgegeben wird:

Im Vorabend der Beratungen stand, wie bei den letzten Sitzungen, die finanzielle Lage der Gesellschaft. Die fortwährende Unmöglichkeit der Auf-

nahme neuen Kapitals hindert weiter die dringende Verbesserung der Anlagen zur Anpassung an die Erfordernisse der Wirtschaft und der Erhöhung der Sicherheit. Eine durchgreifende Besserung der Finanzlage der Reichsbahn, sei es durch eine Währungs- oder durch eine Kapitalerhöhung, ist durch die auf ihr liegenden Lasten oder durch die Pariserhöhung, bleibt also nach wie vor unerreichbar. Unter diesen Verhältnissen war es der Hauptverwaltung nicht möglich, den Verwaltungsrat einen Voranschlag für das ganze kommende Jahr vorzulegen, der ohne Kapitalerhöhung abgibt.

Frankreichs Wettrüsten zur See

Der französische Kabinettsrat beschloß sich am Dienstag mit den bevorstehenden See-Ausrüstungs-Verhandlungen. Seine Beschlüsse werden streng geheimgehalten.
Die französische Regierung hat zuerst eifrig nach Mitteln, um der immer gefährlicher werdenden Gefahr der Isolierung Frankreichs auf der Londoner Konferenz vorzubeugen, ohne das bisher erfordlich ist, was das notwendigste werden könnte. Die letzte Unterredung des italienischen Vizekonsuls mit Briand und die bisherige Haltung der italienischen Presse haben in Paris keinen Zweifel darüber gelassen, daß Winston die geringste Belegenheit, Frankreich in der Mittelmeerfrage in den Rücken zu fallen, mit Freunden ergreifen wird. Italien fordert mit allem Nachdruck die Flottenparität mit Frankreich und droht offen, falls Frankreich nicht nachgibt, sich in der für Frankreich außerordentlich wichtigen Frage der Inseln und der Unterseeboote mit dem englisch-amerikanischen-japanischen Bunde anzuschließen. Das Washingtoner Flottenabkommen vom Jahre 1922 hat das Verhältnis zwischen den drei Einheiten Englands mit Frankreich mit 50 gegen 17 festgelegt. Frankreich hat daraufhin den Bau der letzten Kreuzer und der Unterseeboote forciert. Sein Flottenbauprogramm, das bis 1942 läuft, zielt darauf ab, auf dem Gebiete der leichten Kreuzer und der Unterseeboote England den Rang abzulufen. Heute schon hat es fast die Parität an Unterseebooten erreicht. Zudem hat Frankreich ein Verhältnis 1:3 erreicht, obwohl erst sechs Jahre von der Fälligkeit des Flottenbauprogramms abgelaufen sind. Dabei würde die von englisch-amerikanischer Seite vorgeschlagene

Aufhebung der Unterseeboote und eine etwaige Forderung nach einer Einschränkung im Flottenbauprogramm Frankreich auf empfindliche treffen. Wenn man auch Italien in das andere Lager übergeht, so würde Frankreich auf der Londoner Konferenz isoliert der Einzelkraft der anderen drei Mächte gegenüberstehen.

Keine Zinsen für verobohlenen Kriegsanleihen.

Ein parlamentarischer Zwischenfall im Unterhaus.
In politischen Kreisen Englands beschäftigt man sich mit einer Erklärung, die der Kriegsmilitär Experte in London abgegeben hat. Er hatte u. a. ausgesprochen, das Land habe an Zinsen für Kriegsanleihen mindestens 10 Millionen Pfund im Jahr an Zinsen, die nicht das geringste moralische Recht darauf hätten, daß sie Ausgabe der Kriegsanleihen große Verleumdungen in den Volksgerechtheiten festlegen.

Richard Strauss' Stellung zur „Moderne“.

Richard Strauss, der demnachst im Augusteum von Rom zwei Konzerte dirigieren wird, ist zu einem mehrmonatigen Aufenthalt in Italien eingetroffen und sofort nach der Ankunft in Rom in einem italienischen Journalisten interviewt worden. Auf die Frage des Berichters nach seiner Stellung zur zeitgenössischen Musik und ihren Tendenzen antwortete der Meister zunächst nicht recht mit der Sprache heraus, erklärte dann aber nach kurzem Schwanken: „Meine Arbeit ist getan. Ich bin heute fünfundsiebzig Jahre alt, und es würde mir auch beim besten Willen nicht gelingen, mich fortzulassen über die Entwicklung der musikalischen Bewegung in den verschiedenen Völkern auf dem Laufenden zu halten. Diese Entwicklung ist überdies zu unklar, widersprüchlich und directionslos, daß ich ihr verständnislos gegenüberstehe. Ich, der ich in jungen Jahren als tüchtiger Reuter und unruhiger Zufallsmüller galt, bin heute ins Hintertreffen geraten und werde so ziemlich als Ausländer angesehen und behandelt.“ Auf den Einwand des italienischen Berichters, daß es Wagner, Debussy und anderen großen Musikern auch nicht anders ergangen sei, erwiderte Strauss: „Dann befindet ich mich ja in guter Gesellschaft. Klügelhermetik ist über Verbi diesen Dilemma entgangen und triumphiert auf der ganzen Linie mit seinen Hauern. Mallobien die die Dingen fortziehen. Seine Opern werden noch heute in der ganzen Welt gegeben.“ Strauss äußerte sich dann über einige italienische Musiker von denen er den Trienten M. Marini und den Romponisten Respighi, Pignetti, Garibaldi, P. Manganelli und Rossini besonders sympathisch gegenübersteht.

Alta Nielsen, die „Himmeldame“.
Alta Nielsen wollte nach ihrem Hamburger Gastspiel in Kiel mit einer eigenen Truppe auf-

Der 1. Mai bleibt Staatsfeiertag

Der Sächsischen Landtag lehnte am Dienstag den Antrag auf Aufhebung des Maifeiertages mit 48 gegen 41 Stimmen bei zwei Stimmenthalten ab. Wegen des Antrags stimmten die Sozialdemokraten, Kommunisten, Sozialisten und die vier Demokraten. Die übrigen bürgerlichen Abgeordneten, ausgenommen zwei Minister, stimmten dafür. Die Regierungsprotokolle zur Aufhebung des Novemberfestes wurde in der zweiten Sitzung mit 47 gegen 44 Stimmen angenommen.

Gezielte hoffnungsvolle reaktionäre Maßregelung eines Tages wegen operativer Aufnahmearbeit.

In der gestrigen Hauptversammlung des Gauverbandes des Vereines Deutscher Ärzte in Ostpreußen wurde das bisherige Vereinsmitglied Prof. Dr. Schürer einstimmig aus dem Verein ausgeschlossen. In der Begründung heißt es, Prof. Schürer habe sich durch seine Beteiligung des deutschen Volkes schädigenden Einflüssen ausgesetzt in bezug auf die politischen Meinungen des deutschen Vorkriegsstandes. Eine große Anzahl junger Männer hatte sich durch Prof. Schürer für die Unfruchtbarkeit machen lassen, um die wirtschaftlichen Sorgen einer Vaterstadt aus dem Wege zu gehen.

Ein Nischenprojekt gegen Kommunisten. Im Bundesrat beginnt demnach ein Nischenprojekt gegen etwa 100 Kommunisten. Nach mehrfachen Verhandlungen hat der Anlagensatz des Bundesrates Strafgerichtsbeschlüsse die Einwendungen von 78 Angeklagten abgelehnt und nur den Einwendungen von 14 Angeklagten stattgegeben. Diese wurden, nachdem sie acht Monate lang in Haft gewesen waren, freigesetzt. Außerdem sind noch 25 Personen angeklagt, die keine Einwendungen erhoben hatten. Die Anklage wirft den Beschuldigten ser, gewalttätigen Umsturz beabsichtigt zu haben.

Im den Rhein verlagert. Ein Schiffstapel in Rhein flutete ein Schiff. Die Schiffstapelung durch den Rhein der rechten Uferseite in den Rhein. Der Schiffstapel kam ums Leben, während der Begleiter leicht verletzt wurde.

Europa—Amerika 1 Stunde Start der Weltraumrakete

Anfang Dezember im Ozeanbad Nord - 200 Polizeibeamte für die Abberperung - Neue Verbesserungen - 50 Kilometer in den Raum

Der Konstrukteur der Weltraumrakete, Professor Oberth, hat sich entschlossen, den Start nicht von Seb, sondern von dem Ozeanbad Nord aus erfolgen zu lassen, da hier die Bedingungen günstiger sind, während man die Sicherheitsmaßnahmen in gleicher Weise treffen kann. Es soll vorgesehen, mit der Abberperung des Ozeanbades 200 Polizeibeamte und Beamte der Polizeischule Trepzow zu beauftragen. Der Besondere der Professor, Oberth (Berlin), ist bereits in Nord eingetroffen, um die nötigen Vorbereitungen für die Erbauung des Südkamerabandes und die Placierung des Aufhänges zu treffen. Bis zum 1. Dezember ist das erste Drittel des Dezember in Aussicht genommen worden. Im Verlauf einer Unterredung erklärte Oberth, daß man nach verschiedenen neuen Experimenten jetzt eine Mischung von flüssiger Luft und Schwefelwasserstoff als Treibstoff betonen und

ein neues Zeitmaß für den Flug der Rakete noch erheblich erleichtern werde. Man könne jetzt mit einer verhältnismäßig großen Höchstgeschwindigkeit der Rakete rechnen. Es sei vorausgesetzt, daß der flüssigen bei einer Höchstgeschwindigkeit von etwa 3000 Kilometern in einem Radius von drei Kilometer landen werde. Vor den Aufzügen solle zunächst eine kleinere Versuchsrakete abgefeuert werden. Die erste große Rakete, zu deren Herstellung man jetzt zwei Wochen bedürfe, werde erst etwas später starten. Gelänge der Start, so werde man das Experiment auch von New York aus erproben.

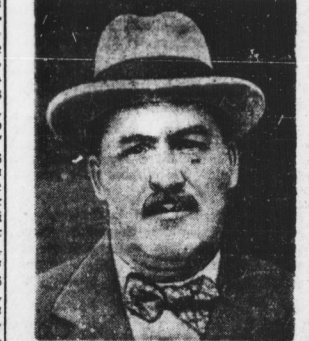
Professor Oberth erwartet nach den Angaben Oberth, daß eine Rakete nach mit einer Auslastung von 30 Kilogramm eine Stunde nach ihrem Abflug in Deutschland in Amerika von New York aus erproben werden könne.

Das Mitteldeutsche Landesheer

Das Landesheer des deutschen Volksführers eroberte seine letzte Spielzeit mit Bernhard Schöns „Candia“ in der Inszenierung von Direktor Hermann Lange. Infolge der planwirtschaftlichen Arbeitsweise dieser Bühne hielt sich „Candia“ vom 1. September bis Ende Oktober auf dem Spielplan. Der Regisseur wurde nach folgende Stelle herabgedrückt: „Rio, Aufspiel von Leo Seng; „Wibauten“ von Schöndörfer und „Geographie und Biologie“ von Björnson. (Inszenierung: Oberregisseur Dr. Wader.)

Dollesches Theater und Kunstleben.

Das Sächsische Opernhaus am 3. Dezember (Zweiter Generalintendant Herr Schöns) bietet eine besonders reiche Vorstellung: Richard Strauss' „Elektra“ (Regie: Herr Schöns) und ein Opernabend (Regie: Herr Schöns) am 4. Dezember. Der erste Opernabend am 5. Dezember für A (Umführung 18 Uhr), am 6. Dezember für B (Umführung 19 Uhr), am 7. Dezember für C (Umführung 20 Uhr), am 8. Dezember für D (Umführung 21 Uhr). Die „Elektra“ wird von Herrn Schöns selbst dirigiert. Der Opernabend am 5. Dezember (Umführung 19 Uhr) wird von Herrn Schöns selbst dirigiert. Der Opernabend am 6. Dezember (Umführung 20 Uhr) wird von Herrn Schöns selbst dirigiert. Der Opernabend am 7. Dezember (Umführung 21 Uhr) wird von Herrn Schöns selbst dirigiert. Der Opernabend am 8. Dezember (Umführung 22 Uhr) wird von Herrn Schöns selbst dirigiert.



Alexander v. Str., ein bekannter Künstler.

Howard Carter, der Entdecker des Grabes Tutanchamons, beabsichtigt nach Beerdigung der Leiche nach Ägypten zu reisen, um dort nach dem Grab Alexander des Großen zu forschen, der nach den geschichtlichen Überlieferungen in einem Sarge aus reinem Golde liegen soll.

MERSEBURG

Merseburgisches vor Gericht

Die tapferen Faustkämpfer.
Am 30. Mai ließ der Bezirksrichter des RAB seine Namen in unferer Stadt auf dem Marktplatz demonstrieren. Gegen „Rufenstämpf“ und „RAB-Bericht“ lautete die Parole. Die tapferen Faustkämpfer erschienen im alten Schmaus. Das Haupt die Schupo dahinstellte und stellte ihr sehr, nach ehe sie ihre Stimmen für ihre Fortsetzung erheben konnten.

Nur fanden die „Mutigen“ wegen Betrugens gegen das Republikanische Gesetz vor dem holländischen Großen Schöffengericht. Was haben sie hier? Sie luden sich darauf herauszuwerden, daß sie — entgegen dem Wortlaut der Handzettel — gegen das Gesetz ihres Leib- und Vagabundates hätten demonstrieren wollen. Daher ihre Aufregung gegen die erhaltenen Strafen. Die Strafe, die auf drei Monate Gefängnis als Mindeststrafe lautete, wurde aber überhöht, weil gegen eine Buße von 20 Mk. ausgesetzt wird.

Der Staatsanwalt beantragte gegen zwei die gleiche Strafe. Bezüglich der Bernhauer Walter G., der als RAB-Mitglied foliantiert gewesen war, falls freigesprochen werden. Das Gericht wertete den Bauarbeiter Rudolf G., Wagner, Otto R., Arbeiter Max R. und vom RAB. Sie erhielten die beantragte Strafe. Den restlichen fünf konnte nicht mit Sicherheit überlegt werden, daß sie „rein zufällig herbeigeführt“ waren, so daß Freispruch erfolgte.

Ein „Anhänger“ Diener.
Der jetzt 43jährige Alfred K. war fünf Jahre Diener und Privatsekretär des Geheimrats H. Geheimes, ehe er in Unruhe fiel, und das kam so. Die Importen des alten Herrn hatten oft auch seinen Gefallen gefunden, auch seine Freimarke hatten ihn immer „interessiert“. Doch darum hätte man ihn nicht, wie gefahren, vor das holländische Schöffengericht stellen lassen. Die Wegner war schon, daß K. die Gefährlichkeit einer Duse und Reizung angeknüpft. Nach Schluß, daß er sich 1926 und 1927 je einen an seinen Herrn gefunden Einverständnis mit 100 Mk. bzw. 200 Mk. angeknüpft hatte, auch die Häufigung eines Briefes hatte er zu veranlassen.

Der Staatsanwalt forderte für den Höchstbetrag 2 Monate 2 Wochen Gefängnis, doch ging das Gericht für wochenlang fortgesetzte Untertänigkeit, Diebstahl und schwere Urkundenfälschung um volle 2 Monate über den Urteils hinaus.

Nach tritt der Tod.
Sonntag nachmittag, 30. Jhd. Auf der Weichselufer Straße vor dem Kaufhaus Koniger. Ein Arbeiter, der sich auf der Straße von Thüringen nach Berlin befindet, will sich vor der Fremden in Sicherheit bringen. Der

Senfer, Kraftwagenführer Otto Krüger (Berlin), fährt gefahrdrohend auf die Besatzung heran. Die Folge: der Wagen erwidert den gerade vorbeigehenden Lehmann Gölbel, der auf den Bürgersteig geschleudert wird und an den Folgen eines dabei erlittenen Schädelbruchs stirbt. Das Große Schöffengericht in Merseburg ist in Uebereinstimmung mit dem Staatsanwalt der schuldigen Züchtung wegen Überschreitung der ihm von Beruf wegen zur Pflicht gemachten Sorgfalt für schuldig und erkannte auf 240 Mk. Geldstrafe an Stelle von 2 Monaten Gefängnis.

174 679 Süpenberger.
Die Prüfung des Ergebnisses des „Vollzogenen“ Süpenberger durch den Reichsstatistiker ergibt, daß im Wahlkreis Merseburg von 174 677 Einwohnern 868 für ungenügend und zweifelhaft erklärt wurden. Die Zahl der gültigen Eintragungen beläuft sich auf 18,59 Prozent.

Anfall bei der Commerfeld W.
Vom Donnerstag, 26. November.
Am Dienstagmorgen gegen 12 Uhr verunglückte auf der Baustelle der Firma Commerfeld in Dürrenberg der Maurer J. aus Meuschen s. w. Beim Schütten eines Hauses stürzte J. ab und fiel bis in den Keller. Mit Kopfverletzungen, einer Gehirnerschütterung und wahrscheinlich auch inneren Verletzungen wurde er aufgefunden. Er wurde in das Merseburger Krankenhaus überführt. Die erste Hilfe leisteten Arbeiter-Genossen.

Rechtliche. Theaterabend. Am Sonntag veranstaltete der hiesige Arbeiter-Gesangverein einen Unterhaltungsbund, der wohl gelungen ist. Zur Aufwärtung gelangen zwei Schauspiele: „Die Weledenen“ und „Der Heimkehrer“. Alle Mitwirkenden haben ihr Bestes gegeben und fanden großen Beifall. Die Gesangstücken, welche den Theaterstücken gut angepaßt waren, kamen tadellos zur Geltung.

Schwerer Unfall. Am Sonntagmorgen wollte die 11jährige Ann Saloma die halbe Straße überqueren, wobei sie von einem auswärtsigen Lieferwagen überfahren wurde. Sie hat eine Gehirnerschütterung, leichte Hinterhauptsverwundung. Das Kind soll jetzt in den Wochen Krankenhaus sein. Der Vater des verunglückten Kindes ist erst vor 1 1/2 Jahren als Bahnarbeiter in Wahren tödlich verunglückt.

war mit einem jungen Ranne gemeinsam mit dem Richter aus der Wernsdorfer Gefängnis. Sie hatte dem Ranne verraten, daß sie sich eine Dienstliche Jugend wollte. Er hatte sofort eine in Aussicht, die angestellt in Wernsdorf wäre. Die gleichen waren gemeinsam nach Wernsdorf. Der Mann in Wernsdorf war noch noch zu befragen haben wollte, sagte er das Mädchen vor aus und holte sie später hinter der Spitze wieder ein. Dort beging er das Verbrechen. Unter Beobachtung mit dem Richter bereitwillig er das Mädchen. Dieses ließ dann nach Wernsdorf und erkannte sofort Angelegenheit bei der Polizei. Schon am selben Tage konnte der Täter verhaftet werden. Er handelt sich um einen hier auf Besuch weilenden, mit seiner Frau in Wernsdorf lebenden B. G. Er hat bereits die Tat eingestanden.

Saalkreis

Ammerdorf. Aus der Partei. Nun ist der Kampf beendet und die Ortsgruppe der SPD kann auf eine erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Trotz äußerer Kämpfe leitete das Ordnungsbüro der Kommunisten gelang es, nicht nur den bisherigen Stand zu halten, sondern noch ein Mandat zu gewinnen. Der Ordnungsbüro, welcher hoffte, durch seine maßvolle Haltung gegen die bisherige Rathspolitik an sich zunehmen, wurde erbeben, daß Mandate einbringen und ging von 10 auf 8 zurück. Die SPD, wie auch die Kommunisten haben sich in den Verlauf gestellt. Von der SPD gehen in das Gemeindegemeindeamt ein: Paul Bergmann, Angewandter; Fritz W. G. Schöler; Walter Roth; Glöckner; Alfred Reinhardt; Gemeindevorstand; Wagners; W. H. Faustau. Für die bevorstehende Wahlfahrtstrotter sind Rose in beiden Männen der Bürgerbandung Otto Red zu haben. — Zu dem am Sonntagabend, 7. Dezember, abends 7.30 Uhr, in der „Krohnstraße“ von der SPD, stattfindenden Versammlungen werden alle zur Teilnahme eingeladen.

Ammerdorf. Seesekretzenzahlung. Die Zahlung der Militärrenten für Dezember findet am Freitag, 29. November, im neuen Rathaus von 8 bis 11 Uhr statt. Für Rückzahler erfolgt die Zahlung ab Sonntagabend beim Postamt von 9 bis 11 Uhr.

Wernsdorf. Mauermeister Walther teilt uns mit, daß er nicht, wie im Bericht über die letzte Gemeindevorstellung angegeben, ein Bieramtsaufkauz bauen wollte, sondern jetzt 3 Baustellen für die Genehmigung bei der Gemeinde nachgeholt hat. Im übrigen erklärt er, daß die an die Mitteilung in dem erwiderten Bericht geschnittenen Bestimmungen und Schlußfolgerungen unzutreffend sind.

Wernsdorf. Ein Sprengstoffdiebstahl. Aus dem Untergrund der Formänderung von A. Wirt u. Söhne wurden 1/2 Zentner Sprengstoff und 80 Sprengpatronen gestohlen. Als Täter häßlichen die Leute in Frage kommen, die vor kurzem schon in Gutsruh einen Sprengstoffdiebstahl verübt haben.

Kreis Querfurt
Sittlichkeitsverbrechen.
Braunsdorf, den 26. November.
Am Sonntag in den Vormittagsstunden wurde an einem jungen Mädchen auf dem Wege hinter der Spitze von Braunsdorf ein Raubmord an den Sittlichkeitsverbrechen begangen. Das junge Mädchen und Oberstmann

Mißstände im ostelbischen Braunkohleneztrakt

Befreiung vor dem Reichsstatistiker

Lieben bis acht Millionen zweifelhafte Handelsgewinne

Aus Berlin wird gemeldet:
Der Reichsstatistiker befragte sich am Dienstagabend mit den

Mißständen in den Abgabengattungen des ostelbischen Braunkohlenbezirks.
Eine Frage, der im Hinblick auf die Ertragslage im ostelbischen Braunkohlenbezirk im August besondere Bedeutung zukommt. Im Sommer 1929 wurde eine Untersuchungskommission eingesetzt, die sich in mehreren Sitzungen mit der ganzen Materie beschäftigte. Die Dinge liegen so, daß sich große Kongerne der Kontrolle durch die Organe der Kohlegemeinschaft zum Schaden der Produktion und der Verbraucher entgegen haben. Insbesondere gilt das für die sogenannte Preisgruppe, die im Laufe von wenigen Jahren einen großen Kongern in dem ostelbischen Braunkohlenbezirk aufbauen konnte. Die Kommission ist zu keiner einheitlichen Auffassung über die ganze Situation gekommen. Der Vertreter der Arbeitgeber betonte, daß die jetzige Regelung dem vom Reichsstatistiker genehmigten Vertrag entspreche. Deshalb seien keine weiteren Einwendungen zu erheben. Demgegenüber stellte sich Dr. Berger, Vertreter der Arbeitnehmergruppe, auf den Standpunkt, daß durch die jetzige Regelung

die Freiheit des Syndikats in ungezügelter Weise eingeschränkt wurde. Nach dem Gesetz stellt dem Syndikat die völlige Verfügungsgewalt über den Preis fest. Die Durchführung des Syndikatsvertrages haben die Vertreter des ostelbischen Braunkohlenbezirks, also die Britenvertreter, den Charakter von Preisfestsetzungen der Kohlegemeinschaft angenommen. Die ungezügelten Handelsgewinne steigen nicht der Produktion zu, sondern der Preisgruppe. Die gegenwärtige Rabattstellung

reichte nur drei Mandate innehaben. Trotz vielen Gehörts der Kommission brachten die Wähler für sie nicht weiter ein, als daß sie mit Wäre und Not ihre zwei Sitze, welche sie bisher schon hatten, wieder erhielten.

Rechtlich wie im Streit steht es auch bei der Stadtverordnetenwahl an. Auch hier ist ein Entwurf der SPD zu verzeichnen. 1924 hatten wir einen „Wahlvorläufer“ der vertriebenen Bevölkerung, bei welchem bei vier Mandaten nur zwei Mandate von SPD-Männern besetzt waren. Zu den letzten Wahlen wurde eine rein sozialdemokratische Liste eingereicht. Der Erfolg davon war, daß bei der Bestimmung des Wahlbereiches durch den Wahlvorstand nur drei Mandate erhielten und die Kommunisten zwei Mandate.

In der Preisliste wurden gemäß: Walter Richter, Feilenhauer und Holzwerker; Rüdiger, Bauhauer, Juvallie, Oberführer; Grabmann, Eisenbahner L. R. Holzbringer; Emil Wolf, Müller, Feldbringer; in die Stadterordnetenversammlung: Walter Richter, Walter Schödel und Robert Wittke.

Wernsdorf. Wegen Friedhofsschändung hatten sich vor dem Arbeiter-Schöffengericht am 21. Jhd. ein 22 Jahre alte Waidmühlener Karl Säger und der 23jährige Schneidermeister Karl Säger aus Langenhausen bei Ammerdorf zu verantworten. Sie hatten am Abend des 28. August auf dem zur Langenhausen liegenden Friedhof nicht weniger als 32 zum Teil hohe und schwere Grabdenkmäler umgestürzt sowie Toten und Kreuze zertrümmert. Das Schöffengericht verurteilte sie nach dem Antrag des Staatsanwalts zu je zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust.

Kreis Sangerhausen

Sangerhausen (Stadt)
Ein „hässlicher“ Beamter. Der Justizinspektor Schiaffke aus Jitz ist seinerzeit wegen Amtsunterschlagung u. v. a. zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er war jetzt in Sangerhausen Geschäftsführer einer Einbaugesellschaft. Hier hat er nun seine Unrechthaltungen fortgesetzt und Unterschlagungen von 1500 Mk. begangen. Auch andere Unrechthaltungen werden ihm zur Last gelegt.

Kreis Eilenburg

Angelaublicher Mietwucher mit Untertüren.
Mit Freigabe der gemieteten Räume von den Bestimmungen der Zwangsrentenpflicht lege der Mietwucher in angelaublicher Weise ein. Ein besonderer Fall von Mietwucher mit einem gemieteten Raum wurde unlängst durch den Selbstmord eines Mieters angefaßt.
Die beiden gemieteten Räume wurden mehrere Verträge abgeschlossen. Nach einem dieser Verträge wurde eine Friedensmiete von 1200 Mk. jährlich vereinbart. Nach einem anderen Verträge ist zum Jahresgehalt eine Miete von 4800 Mk. jährlich vereinbart worden. Als jährlich 6000 Mk. Miete. Da eine derartige jährliche Miete, ohne die anderen hohen Unkosten, vom Gehalt nicht mehr getragen werden konnte, verwarfte der Mieter kurzweilig das Gehalt an einen Berliner Kaufmann. Den Verkäufer fand man am anderen Tage feib gasberaitet auf.
Mit dieser feststellung wird aber wohl der Fall noch nicht erledigt sein; denn was wohl die amtliche Stelle sagen, die jahrelang auf die Mietminderer verzagt.

Ein anderer Fall von Mietwucher mit einem gemieteten Raum von circa 100 Quadratmetern Fläche ist durch Vertrag vor einigen Jahren für einen längeren Zeitraum abgeschlossen worden. Der Mieter zahlte an den Vermieter monatlich 825 Mk.; das sind jährlich 9900 Mk. Außerdem bezahlte der Mieter an die häußlichen Werke den unvorstell-

WARM WASCHEN
HEISST SCHONENDER
WASCHEN!

SEIFENFLOCKEN
SUNLICHT GES. A. G.
MANNHEIM
NIEMALS LOSE NUR RECHT
IN DEN BLAUEN
LUXPACKEN



Blatt der Frau.



Amerika, das Paradies der Frau?

Brief einer amerikanischen Farmerfrau

Der nachstehende Aufsatz ist eine Übersetzung aus dem Englischen zur Verfügung gestellt worden.

Sos Angeles, den 1. September 1929.

Liebe Freundin!

Neber Ihren letzten Brief haben wir alle — bezweigen Sie meine Offenheit — sichtlich gelacht. Ist das, was Sie geschrieben haben, am Ende die Meinung aller deutschen Frauen über die Amerikanerinnen? Dann muß ich Ihnen doch scheinbar ein Privatstimmen über dieses Thema lassen und einiges aus dem Leben der amerikanischen Frau erzählen. Offenlich aber werden Sie nicht zu entschuldigen über meine Mitteilungen sein.

Sie besagen ich, daß trotz der Revolution von 1918 die Frau in Deutschland immer noch viel zu sehr ans Haus gefesselt sei, daß auch der fortschrittlichste Mann in ihr nur die Köchin und Hausangestellte sehe, während bei uns im freien Amerika das „Paradies der Frau“ angebrochen sei, wie Sie so schön sagen. „Der Amerikaner ist mit Konferenzen zufrieden, die Frau braucht nicht in der Küche zu stehen, sondern kann sich einen Beruf aussuchen, in dem sie geistige Anregung findet“, schreiben Sie mir. Nun, so einfach liegen die Dinge hier doch nicht.

Darf ich Ihnen zunächst von meiner Heimat Sos Angeles erzählen? Wir leben hier in einigermaßen günstigen Verhältnissen; das Klima ist gerade der Landwirtschaft sehr dienlich. Wir verzichten also auf Konferenzen, denn wir haben ja das ganze Jahr frisches Gemüse. Die Tage sind im allgemeinen heiß, die Nächte kühl und sehr frisch. Es fällt sehr viel Tau, was ja bekanntlich bei Fruchtzucht sehr fördert. Unsere Männer wären also sehr unglücklich, wenn wir Frauen ihnen Konferenzen auf den Tisch brächten. Wir stehen, wie Sie, in der Küche und kochen, waschen und baden wie eine deutsche Hausfrau. Denn wie soll hier die Arbeit gescheit werden, wenn wir uns einen Beruf wählen und aus dem Hause gehen? Die Familien haben hier alle Gesüßgeliebten — da muß die Frau von früh bis spät auf dem Posten sein. Wir müßen wenigstens 3000 Stück Geflügel heissen jagen können wir nicht leben. Da heißt es denn, die Tiere zu pflegen und zu füttern, dann den täglichen Eiertransport in die Hand zu nehmen, die Eier gut zu verpacken und abzusenden. Wir schneiden sie in die Großstädte, in die Warenhäuser und Hotels von San Francisco zum Beispiel. Frau und ein Gils können wir uns nicht halten; das ist zu teuer.

So liegt auf der Frau eine große Verantwortung. Denn Sie dürfen nicht vergessen, von wessen Gefährten wir handeln. Da ist das Wespen in der Suche — werden die Führer davon ruiniert und müssen sie getötet werden, so sind wir ruiniert. Dann kommen manchmal Schlangen in die Ställe, die mit Borsteln die frisch gelegten Eier austrinken. Da heißt es denn den ganzen Tag aufpassen und lästige Tiere. Wir Frauen können deshalb hier über Vangeweile nicht klagen. Außer der Geflügelzucht ist noch die Landwirtschaft zu betreiben, denn wir pflegen alles, was wir für unseren täglichen Bedarf brauchen. Wir haben herrliche Obst- und Gemüsefelder und die einzelnen Beeren der Weintraube sind so groß wie die schwarzen Kirchen in Deutschland. Auch unser Gemüse ist sehr art und schmackhaft. — Ich habe für unsere getrigge Mähzeit keinen abgepfändert und zubereitet, die uns allen beherren geschnitten haben. Aber, sehen Sie — das muß eben doch alles gemacht werden, nicht wahr? Da muß man Unkraut jähen, düngen und graben, säen und kultivieren, das Ungeziefer vertilgen und was eben eine Landfrau alles arbeiten muß. Dann müße ich für mich und die Kinder die Kleider selbstlich fädeln und befeuern aus, denn wenn man zu zusammenwachsen. Meine Tochter hämte mit doch beiseit beschliffen sein, werden Sie nun einwenden, aber Sie müssen bedenken, daß hier die Kinder nicht, wie in Deutschland, mit dem 14. Lebensjahr mit dem 18. Lebensjahre die Schule verlassen. Allerdings hilft mit meine Dolly dann in ihrer freien Zeit beim Einpacken der Eier.

Ich sehe in Gedanken, wie Sie, meine liebe, schon ein ganz langes Gesicht machen, und wie unser Amerika in Ihren Augen verloren hat. Warum will ich Ihnen nun Schluß aus von den Vorzügen unseres Lebens noch etwas erzählen. Zunächst möchte ich Ihnen sagen, daß hier die Frauen nicht nur ein kleines Hofhaus, außerhalb der Stadt liegend, von dem man aus den besten Aussicht auf die Berge hat, auf denen er lichter Schnee liegt. Ich bin leider noch nie in der Schweiz gewesen, aber nach allem, was ich darüber gehört habe, kann es dort nicht schöner sein als hier. Und wenn ich Schnee auf den Bergen gefallen ist, dann bleibe ich wohl manchmal einen Augenblick stehen und lasse

die Arbeit auf ein paar Sekunden ruhen. Von den Annehmlichkeiten unseres Klimas schrieb ich ja schon. Wir haben auch keinen Winter wie in Deutschland, sondern nur eine kurze, kühle Regenzeit. Regnet es allerdings dann weniger, so ist das schlimm für uns. Dann stehen alle Werte, die mit Elektrizität arbeiten (die Wasserkräfte dienen hier alle der Elektrizität) still oder leisten nur geringe Leistung. Hier gibt es leider keine Arbeitslosenunterstützung. Meine Gewerkschaftsorganisationen tun, sehen Sie, mit diesen Sorgen habe ich als Landfrau weniger zu schaffen als die Stadtfrauen. Habe ich Glück mit dem Geflügel, dann kann ich auch leben. Und die Hausarbeit ist nicht so schlimm, wie Sie vielleicht denken, denn ich habe viele elektrische Apparate, Staubsauger, Kaffeemaschine, Kochapparate, Bad- und Waschtische, elektrische Badofen, und zudem ist mein Mann

fleißig und arbeitsam; er paßt zu, wo er kann. Sonntags gehen wir dann spazieren und betradeten die herrlichen Gärten der Reichen, die von Japanern gepflegt werden, oder die Anpflanzungen der Japaner selbst, die eine herrliche Blumenpracht treiben. Oder wir gehen nach dem Stillen Ozean, wo die großen Palmenbäume sind, oder wir fahren in die Berge, wo übrigens jetzt große, breite Autostraßen gebaut werden.

So ungefähr sieht es also bei uns aus. Im Norden Amerikas oder in den Städten und Großstädten liegen die Verhältnisse natürlich wieder ganz anders. Dort hat auch die Frau wieder ganz andere Aufgaben zu erfüllen. Wollen Sie auch darüber einmal etwas hören? Dann erzähle ich Ihnen gern von unserm Leben in New York, wo wir bis vor 6 Jahren gewohnt haben.

Empfangen Sie die herzlichsten Grüße von Ihrer Jane Quenfer.

Ein Bild von der Jubiläumfeier der Sozialen Frauenschule in Berlin



Am 23. November d. J. feierte die von Frau Dr. Alice Salomon begründete erste deutsche soziale Frauenschule das Jubiläum ihres 30jährigen Bestehens. Von links nach rechts: Frau Dr. Salomon, Margarete Erwege (Hamburger Sozialpädagogisches Seminar), Dr. Gertrud Bäumer, Frau Ministerialrat Helene Weber, Dr. Charlotte Dietrich und Frau Stadtrat Weiß.

Der deutsche Reichsbahnrat

Von Bert Bach

Herr Riesenlaasch ist ein alter Junggeheule. Seit über vierzig Jahren wohnt er mobilisiert. Um Umziehen hat eine ausgesprochene Begabung.

Wieder einmal mietet er ein Zimmer. Zur Abwechslung bei einer jungen, lebenslustigen Witwe. Am Ultimo jagt er bei seiner neuen Wirtin vor. Die ist nicht wenig, als Herr Reichsbahnrat, das ist nämlich Riesenlaasch im Zivilkleid, seine „Sieben Sachen“ zu verpacken wieder. Der Gepäckträger erscheint immer wieder... der erste Koffer, der zweite... Frau Siegel wird bleicher und bleicher. Daß ohnmächtig steht sie an der Korridortür... der achte Koffer. Noch kein Ende. Nummer zwanzig, einundzwanzig, zweiundzwanzig, dreiundzwanzig, vierundzwanzig, fünfundzwanzig, sechsundzwanzig, siebenundzwanzig, achtundzwanzig, neunundzwanzig, und endlich der zwanzigste Koffer.

Frau Siegel nimmt schnell ein paar Hoffmannsropfen und meint dann wenig humorvoll: „Herr Reichsbahnrat, ich habe Ihnen ein mobilisiertes Zimmer, aber keinen Möbelkoffer vermieht.“ Die diplomatischen Belegungen erscheinen durch diese Bemerkung ernstlich gefährdet. Herr Reichsbahnrat beschafft pünktlich seine Kiste, und alles ist in Butter.

Der Winter kommt und die letzte Kiste. Riesenlaasch ist sehr geistig und läßt sich allabendlich auf das Zimmer seiner Wirtin ein, um nicht selbst gehen zu müssen.

Eines Abends hat es der Dien besonders gut gemeint. Frau Siegel öffnet ihren Schlafrock und läßt sich aufsitzen. Herr Riesenlaasch ist empört über die „unfittlichen“ Konditionen seiner Wirtin und knipst das Licht aus, um von seinem nicht verführt bzw. gefoltert zu werden. Frau Siegel vertritt sich als unbeholfene Frau die Anzüglichkeiten ihres Mieters: „Ich kann in meinem Zimmer tun und lassen, was ich will (öffnet dabei eben ihren Liebeswurf). Wenn es Ihnen nicht paßt, dann frieren Sie auf Ihrer Wude!“ Der Reichsbahnrat verläßt fluchtartig, um seine Unschuld zu beweisen, das Zimmer...

Das Zimmer von Riesenlaasch ist inzwischen unzugänglich geworden. Zu den zweiundzwanzig

Koffern haben sich weitere drei gesellt. Es sind mit alten Zeitungen vollgestopft; die Äbrigen enthalten andere Notstandsartikel. An den Wänden hängen Riesenlaaschs Anzüge, vom Konfirmationsrock bis zum Jockey. Fünfundsiebzig Paar Schuhe sind in zwei Gliedern aufgestellt. Auf den Koffern stehen zu Hunderten Buttergeschneid, Gardinen- und Rollmöppchen. Es gibt nichts, was Herr Riesenlaasch nicht sammelt. Alle Koffer, Bierflaschen-Gläser, alles wird registriert.

Der Reichsbahnrat verkehrt seit dem Verkehrsunfall nur dreißigmal mit Frau Siegel. Ausdrücklich verbietet er Änderungen in seinem Zimmer vorzunehmen. Er droht mit Anzeigen wegen Diebstahls, weil ihm bereits „wertvolles“ Inventar abhanden gekommen sei, und verlangt einen Schabenbefreiung von zweihundert Mark, einschließlich der bei einem gemeinsamen Auszug verletzten zwei Paar Wiener Wurstchen und zwei Glas Bier. Ferner droht er mit einer Verhaftungsanzeige, weil Frau Siegel für ein Sofa, das den Wert von nur 1,50 Mark habe, drei Mark fordere.

Herr Riesenlaasch liest die Kopie seines Briefes an Frau Siegel Schwefel und prangert seine Wirtin wegen ihres „unfittlichen“ Verhaltens an. Seine Briefe machen aber keinen Eindruck. Riesenlaasch läuft nun Rabi. Der Staatsanwalt stellt das Verfahren ein.

Frau Siegel denkt nun: „Jetzt dreizeh in den Schütz um!“, schreibt ebenfalls einen Brief, droht mit Denunziation bei seiner Wirtin, bei ihrem Regiment (Riesenlaasch ist Reserveoffizier, a. D.), bei seiner Partei (Zentrum), bei seiner Schärfe, wenn er ihr den verurteilten Schaben nicht erzeuge. Sie verlangt schließlich wegen der Verleumdung eine Danksagung in Höhe von hundert Mark, die irgendetwas guten Zweck zu geföhrt werden sollen.

Riesenlaasch wagt: Geheißlicher und führt Veiläwder beim Kammergericht wegen Einleitung des Verfahrens.

Nun steht Frau Siegel vor dem Strafgericht. Die Rechtsmüßen des Gerichtshofes sind strenger

Belastungsproben ausgesetzt, wenn Riesenlaasch mit Geheißparagrafen jongliert. Von der Straffreiheit der Zimmervermieterin bleibt nicht viel übrig, denn sie erklärt, stets ein Häßchen und ein Hund unter dem Schlafrock zu tragen. Der Reichsbahnrat aber besteht auf seinem Schien: Erpressung und Rötigung.

Das Gericht verurteilt Frau Siegel. Schmutz und Schmutz verurteilt die Frau über den Fall. Riesenlaasch sieht beherzt aus. Frau Siegel strahlt über das ganze Gesicht und wird ihren ehemaligen Mieter nun überflüssig wegen Erpressung und Verleumdung verurteilt.

„Jetzt frage ich den Riesenlaasch an die Kammermeister!“

Wie soll die Frau Körper-schulung treiben?

Von Sportlehrerin E. Doppel.

Diese grundsätzlichen Ausführungen zur Frage der Gymnastik enthalten wir dem letzten Hefenheft des „Blattes der Frau“.

Die in der Nachkriegszeit das gesamte Leben nachhaltend und neu belebend beeinflusst. Die Erkenntnis, die durch die Gymnastiksysteme gewonnen wurden, haben sich besonders stark im Wädentanz ausgedrückt. Die immer tiefere Durchdringung der Arbeit mit gymnastischen Grundübungen hat vor allem die zu toten Formen erstarren Freilebungen gänglich umgestaltet und das geschaffen, was wir heute unter einer Körperkultur der Mädchen verstehen. Körperkultur, die ihre Aufgaben voll und ganz erfüllen will, muß die Befehle beachten, die als Grundregel für das natürliche, rhythmische Betreiben erkannt wurden.

Körperkultur ist eine abstrakte Arbeit, ihre Übungen sind reine Ideoformen, und doch muß sie so gestaltet werden, daß sie zu einem harmonischen Tun wird, das die ursprüngliche quellende Lebenskraft freimacht. Das Mädchen muß die formale Kraft der Übungen an sich erleben und zu den bewußt und zweckmäßig ausgeführten Bewegungen innere Fühlung und Bindung bekommen. Es muß Verständnis für den Sinn der Arbeit gewinnen, damit sie ihm eigenes Bedürfnis wird und es selbst freudig an der Formung seines Körpers und seines Bewegens mitarbeitet. Das fröhliche Mitteln des ganzen Menschen vermittelt auch geistliche Gelöstheit, ein inneres Frei- und Frohwerden, das wieder die günstigste Voraussetzung für die Steigerung der Stoffwechselvorgänge ist, die durch Lebensfreude erreicht werden soll. Bewegung ist Leben; sie formt und kräftigt die Organe und steigert die Leistungsfähigkeit des Gesamtorganismus. Die Übungen sind meist ein lebhaftes Hin- und Herbewegen. Doch ist die Hulte dadurch nicht ganz verdrängt worden. Das Festhalten einer bestimmten Stellung erfordert eine feine Nerven- und Muskulatur und gibt der Muskulatur erhöhte Entlastungsgrade. Für die fröhlichste Durchführung des Körpers wird darum die Hulte — die allerdings im Gegensatz zu früher heute nur ein kurzes Festhalten, mehr eine Durchgangshaltung der Bewegung darstellt — immer ihren Wert behalten.

Eine lebendige freudvolle Gestaltung der Arbeit fordert, daß die Körperkultur für alle Arten der Bewegungsausführung, langsame und schnelle, weiche und kraftvolle, gütige, fließende, schlingende und schwebende Bewegungen verwenden muß. Besonders die Schwungbewegung, die stark freudbegleitend ist, wird in der Körperkultur der Mädchen berücksichtigt werden müssen.

Die Bewegungen der heutigen Körperkultur sind vorwiegend Ganzbewegungen, große umfangreiche Bewegungen, die den Körper in seiner Ganzheit erfassen und vor allem stark Rumpfbewegungen erfordern. Die früher fast nur angewandten Bewegungen haben heiligmäßigen Charakter und sind nur dann anzuwenden, wenn besondere Schwäche einiger Muskelgruppen oder die Verletzung einzelner Gelenke eine ausgleichende Sonderarbeit verlangt.

Alle Bewegungen muß sich im Wechsel von An- und Entspannung vollziehen. Alle Bewegungen müssen endlich mit einer sorgfältigen Atemregelung, die mit dem natürlichen Rhythmus im Einklang steht, verbunden werden. Spannen und Strecken des Körpers, Weiten des Brustkorbes muß mit der Einatmung, ein Ziehen, Zusammenziehen des Körpers und Ziehen des Brustkorbes mit der Ausatmung erfolgen.

Trotzdem die Körperkultur künstliche Formen zur systematischen Durchbildung des Körpers geben muß, soll sie einfach und möglichst naturföhlig bleiben.



